

blickpunkt

Nr. 274
Oktober 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Düstere Zukunft

**Sparen,
aber ja doch!**

Am Flughafen sollen wieder viele Bäume fallen. Hinter diesen Plänen stehen in Wiesbaden und Frankfurt die Sozialdemokraten und die Grünen. (Wären die Schwarzen am Ruder, wären es mit Sicherheit noch ein paar mehr.) Sechsendreißig Hektar sollen also umgesägt werden, aber die "Waldbilanz wird danach besser aussehen als jetzt", sagt Schölch, der stellvertretende FAG-Chef. Kaum jemand, der gegen diese unverschämte Arroganz angeht, auch nicht die Leute, die eigentlich die Interessen unserer Stadt am Flughafen vertreten sollen. Wenn diese Bäume am Flughafen-Südrand weg sind, dann fehlt die letzte dünne Waldmembrane zwischen den Flugzeugen und Walldorf. Für unseren Bürgermeister scheint das nicht so schlimm, denn "die dort entstehenden Hallen werden den Lärm abhalten". Wohin sind wir gekommen? Hatten seither vorwiegend die Mörfelder den Fluglärm, so fliegen die Turboprops jetzt in Wildwestmanier ständig über Walldorf. Dazu jetzt die konkretisierten Ausbaupläne. Noch mehr Lärm also. Mehr Abgase, mehr Verkehr auf den Straßen, mehr Siedlungsdruck. Eine düstere Zukunft. Alles wird so kommen, wenn sich nicht bald wieder mehr Widerstand bei den Betroffenen rings um den Airport regt.

Noch im vergangenen Jahr haben SPD, GBL und CDU eine von der DKP-Fraktion geforderte Informationsver-

anstaltung über die Flughafenpläne verhindert. Höchste Zeit, daß wenigstens diese Veranstaltung bald stattfindet. Sonst nimmt der FAG-Aufsichtsrat am Ende an, den Mörfeldern und Walldorf sei mittlerweile alles egal.

Rudi Hechler

Ein Skandal ohne Ende

Am 3. Februar 1987 beschlossen CDU und GBL Fraktionsräume anzumieten. Die Kosten trägt der Steuerzahler. Später bekam die GBL kalte Füße, die CDU aber belegte als einzige Fraktion ohne jegliche Hemmungen die 75 qm im "Walldorf-Center" für DM 33000 jährlich. Eine ordentliche Ausstattung (für DM 18000) war auch gleich vorgesehen. Die DKP-Fraktion versuchte jahrelang eine Kündigung zu erreichen - CDU, SPD und GBL waren stets dagegen. Nun läuft der Mietvertrag am 31. 12. 1993 ab - aber die Schwarzen wollen nicht raus. Die Partei mit dem "C" im Namen geniert sich nicht, Monat für Monat dem Steuerzahler in die Tasche zu greifen.

Nebenbei, jeder Vereinsaktivist, jeder andere Stadtverordnete macht seine Arbeit zu Hause. Nicht so die CDU. Sie wollen weiter in ihrem Walldorfer Nobelschuppen residieren. Es wird ja bezahlt.

Sparen, sagt der Vorndran - sparen, sagt der Waigel. Denn mal ran. Wie wär's, Herr Waigel, wenn man dabei nicht sofort an die Arbeitslosen, die Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger, die Kranken, Studenten oder (demnächst) auch im großen Stil an die Rentner denken würde? Warum das Geld nicht dort holen, wo es erkennbar zuviel davon gibt? Wo? Hier ein paar Beispiele: Nach internen Rechnungen wird das Verteidigungsministerium im nächsten Jahr bei seiner Somaliaaktion nicht viel weniger als eine halbe Milliarde in den Wüstensand gesetzt haben. Um das Projekt Eurofighter ("Jäger 90") fortzuführen entsteht für den Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren nach realistischer Kalkulation von Rüstungsexperten eine Last von 40 Milliarden DM. Die Munitionsbeschaffung z. B. kostet 1994 die Kleinigkeit von 14 Milliarden DM. Ein stolzer Betrag angesichts dessen, daß uns niemand bedroht und die Bundeswehr so ungefähr das Überflüssigste ist was der Steuerzahler zu unterhalten hat. Aber auch, wenn es um die Finanzierung des Bonner Verwaltungswasserkopfes geht, sind Reserven erkennbar: Zum Beispiel bei den Aufwendungen für lukrative Kanzler- und Ministerbezüge und darüberhinaus für die Gehälter von inzwischen 55 (in Worten fünfundfünfzig) Staatssekretären. Da gibt es keinen Pfennig Abstriche.

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Doch bei dieser Regierungskoalition geht es um anderes. Zum Beispiel um immer neue Steuererleichterungen für die Superreichen oder Vermögenden, wie etwa um die Absenkung des Spitzensteuersatzes oder die Verminderung der Kapitalertragssteuern. Schmiergelder, Bewirtungsspesen, Werbegeschenke, werden von ihr weiterhin ebenso steuerbegünstigt wie die Beschäftigung von Hausgehilfinnen.

Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerflucht ist eine Quelle, aus der Milliarden zur Entlastung der Staatsfinanzen fließen könnten. Alle Spekulanten, die sich mit Hilfe der Treuhand für einen Apfel und ein Ei Milliardenwerte des ehemaligen DDR-Volkvermögens unter den Nagel reißen konnten, bieten sich für Sonderabgaben an. Der Spitzensteuersatz ist nicht zu senken, sondern anzuheben. Auf die Milliardenreserven der Großbanken ist eine 20-prozentige Sonderabgabe zu

erheben. Eine Arbeitsmarktabgabe auf alle Millionenvermögen besonders der Bau- und Börsenspekulanten wäre eine Wohltat für die Staatskasse und für die soziale Gerechtigkeit. Wenn zu sparen ist und Einnahmen verbessert werden müssen, gäbe es zum Bonner Sozialabbau, also durchaus geeignete realistische Alternativen.

Aber was hat das alles mit den Sparappellen unseres Kämmerers zu tun? Selbstverständlich könnte auch in unserer Stadt an der richtigen Stelle ein Menge gespart werden. (Den dritten Hauptamtlichen hätte man abschaffen können, das leerstehende alte Rathaus kostet seit Jahren viel Geld, die CDU-Fraktionsräume könnten schon längst geräumt sein, und, und, und... Das ärgerlichste ist, daß die hiesige SPD und ihr Kämmerer auch nicht einmal das aussprechen, was in diesem Artikel zum hundertsten Male von uns formuliert wurde. Dafür hat der Kämmerer wohlfeile Weisheiten anzubieten: "Wir werden

uns an den Abbau gewöhnen müssen." Ach ja, wenn sozialdemokratische Bürgermeister und Kämmerer nicht mehr gewählt werden, weil schwarze Demagogen und Populisten gewonnen haben, dann wird gejammert. Dann aber ist es zu spät. rh

Arme Schweine!

"Auch die Gehälter von Managern wachsen 1993 kaum." Das stellt jedenfalls die Unternehmensberatung Kienbaum fest. So erhalte ein westdeutscher Geschäftsführer 1993 rund 339.000 DM. Im Vergleich zu 1992 seien diese Gehälter damit nur um 2,5 Prozent gestiegen. Ein solcher Geschäftsführer hat 1993 demnach lediglich 8.268 DM mehr als 1992. Also "kaum gewachsen", nicht der Rede wert. Und so muß in diesem Jahr eben jeder opfern. Mehr oder weniger.



Aus der Blauhelm-Aktion ist eine Stahlhelm-Aktion geworden

Die UN-Mission in Somalia, die mit humanitärer Begründung begonnen wurde, hat sich zum Kriegseinsatz entwickelt. Gegenwärtig dreht sich eine Spirale der Gewalt in diesem geschundenen Land. Hauptleidtragende der Auseinandersetzungen zwischen den Milizen des Clanchefs Aidid und den UN-

Einheiten ist einmal mehr die Zivilbevölkerung. "Die UNO-Streitmacht ist zur Besatzungsmacht geworden, die auch vor Massakern nicht zurückschreckt - und so die Rebellion erst recht schürt", schreibt "Der Spiegel". Die UN-Kontingente in Somalia sind heute Kriegspartei.

Daß es im deutschen Somalia-Einsatz nicht um humanitäre Hilfe geht, pfeifen inzwischen die Spatzen von den UNO-Dächern. Humanitäre Hilfe für die Somalis können zivile Hilfsdienste viel besser und billiger leisten. Dazu wird die Bundeswehr nicht gebraucht. Durch ihren Einsatz soll vielmehr die umstrittene Grundgesetzänderung stückweise vorweggenommen werden, um einen weltweiten Einsatz deutschen Militärs zu ermöglichen.

Immer weiterreichende Bundeswehrein-sätze "out of area" sollen Fakten schaffen, um eine neue Verfassungswirklichkeit durchzusetzen. Die Herren hoffen, Bürgerinnen und Bürger würden sich ködern lassen, wenn nun das neue große Deutschland wieder weltweit mitmisch-

Für Glanz und Gloria und Weltgeltung, aber auch für den Festungsbau Europa wird das somalische Elend von der Bundesregierung schamlos mißbraucht. Jetzt sollten aber alle Anstrengungen dem Ziel gelten, zivile Formen der Vorbeugung und Bearbeitung von Konflikten zu entfalten!

Die Weichenstellung, die der Bundeswehreinsatz in Somalia signalisiert, führt dagegen nur erneut in die alten kriegerisch-zerstörerischen Sackgassen. Gegen eine solche Politik müssen wir uns wehren. Wir wollen keine Festung mit Asylwachen und schnellen Eingreiftruppen, sondern ein gemeinsames Haus Europa mit Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt gegenüber den Menschenrechten und -freiheiten aller Einwohner.

Daher fordern wir die Bundesregierung und ihre Parteikoalition auf, die falsche Weichenstellung des Somalia-Einsatzes zu korrigieren und mit dem sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus dem Land ein deutliches Zeichen zu setzen.

Immer wieder: Was wird aus dem alten Rathaus?

In der letzten Stadtverordnetenversammlung gab es erneut Diskussionen über das alte Rathaus in Mörfelden.

Stadtverordneter H. J. Oswald (DKP/OL) sagte dazu u.a.:

"Alles was wir in letzter Zeit über das alte Rathaus erfahren haben, mußten wir dem Verwaltungschef aus der Nase ziehen. Aus der Presse konnten wir etwas über die Berufsplanung des vorgesehenen Kulturcafé-Betreibers erfahren. In einer Vereinsausschußsitzung (am 7.6.) hörten wir, daß noch nicht einmal ein Vertrag zwischen der Stadt und den Kulturcafé-Leuten besteht. In der Bürgerversammlung (am 14. 9.) erfährt die Öffentlichkeit auf Nachfrage, daß ohne Landesmittel das Projekt nach Meinung Brehls gestorben ist. Da ist einfach viel schiefgelaufen. Dem

vorherigen Mieter wurde gekündigt, er mußte raus und wie man hörte, wurde sogar eine Abfindung zum vorzeitigen Auflösen des Vertragsverhältnisses gezahlt. Das Haus stand leer.

Gleichzeitig mietete man für die Verwaltung ein Haus in der Kirchgasse. Alles in allem entstand so ein Verlust von 164.400 DM.

Das hätte nicht sein müssen. Der Vertrag des früheren Therapeuticum-Betreibers wäre gemütlich ohne Abfindung ausgelaufen, wir hätten Geld gespart. Die CDU will dieses Objekt gerne einem privaten Investor zuführen. Das lehnen wir entschieden ab, sagen aber: Wenn sich in den nächsten Wochen nichts in Richtung Landeszuschuß tut, wird die Konzeption, zu der wir nach wie vor stehen, neu zu überdenken sein. Es kann in der Tat nicht angehen, daß auf der einen Seite Räumlichkeiten für die Verwaltung angemietet werden und auf der anderen Seite geeignete städtische Räume jahrelang leerstehen."

Kleine Rechnung zum alten Rathaus

Der vorherige Nutzer des Gebäudes, Herr Buchna, ging im Dezember 1990. Sein Mietvertrag lief bis Ende 1992, mit Option der Verlängerung. (Monatsmiete: 1850,- DM). Die Abfindung betrug 30.000 DM. Die Miete in der Kirchgasse beträgt mtl. 2500,- DM.

Das ergibt folgende Rechnung:

Mieteinnahmen Therapeuticum 1991/92:	DM 44.400,-
Abfindung	DM 30.000,-
Mieten für Räume in der Kirchgasse (1991, 1992, 1993)	DM 90.000,-
<hr/>	
Total"verlust"	DM 164.400,-

Grüne Stilblüten

Den Vitrollesring zwischen den beiden Stadtteilen als Allee zu gestalten, ist der Wunsch der Grünen. Voreinigigen Jahren war dies einmal im Wunschkatalog, aber die Sache wurde nicht weiter verfolgt. Doch nun - die Koalition immer noch in Reichweite - wurde das Thema erneut aufgegriffen. Der Geländestreifen - etwa 10m rechnet man - ist nicht im Besitz der Stadt. Entweder gestatten es die Eigentümer der Grundstücke, daß dort Bäume und "Straßenbegleitgrün" gepflanzt wird, oder die Stadt müßte den Geländestreifen beidseitig der Straße kaufen.

Der Grundstückspreis in der Vergangenheit: 35 DM/qm. Das würde eine Investition von über einer Million Mark sein. Hinzu kämen die Bäume, Sträucher, Pflanzung und ständige Pflege. Kann/soll die Stadt dies leisten bei schmalen Finanzrahmen, wenn gleichzeitig von Landwirten aus den Nachbargemeinden der Streuobstbestand durch Großmaschineneinsatz in Mitleidenschaft gezogen wird? Wäre es nicht sinnvoller und sparsamer für die Stadt, mittels Auflagen und Hilfen für die Eigentümer diesen Baumbestand zu erhalten, zu pflegen und zu ergänzen?

RD

"Hier hätte man sparen können . . ."

Vor ein paar Jahren wurde der Grüne Dirk Treber Stadtrat.

Die DKP war gegen die Schaffung dieser Stelle, die immerhin pro Amtszeit weit über eine Million Mark kostet.

Die CDU versuchte jetzt eine Abwahl durchzusetzen, scheiterte aber an der SPD, die zu Treber hielt.

In der Debatte sagte DKP-Stadtrat Rudi Hechler u.a.: "Wir sind für die Abschaffung des Amtes, beteiligen uns aber nicht an der Personendemonstration. Wenn man wollte, könnte man auch bei der Amtsführung der beiden anderen Hauptamtlichen eine Menge finden. Wir reden viel vom Sparen. Sparen wir doch mal 1-2 Millionen, indem wir dieses Amt abschaffen, von dem klar ist: gebraucht wird es eigentlich nicht."

Zu den Grünen: Die grüne Vorgehensweise der letzten Monate fand ich ziemlich unpolitisch. Das ganze Hin und Her hat die grüne Idee in Mißkredit gebracht und das Ansehen der Kommunalpolitiker insgesamt beschädigt.

Zur SPD: Wir bedauern die SPD-Entscheidung, das Amt zu belassen. Es wurde deutlich: man will diese Stelle als weitere Manöveriermasse bei künftigen Verhandlungen.

Zur CDU: Beim CDU-Verhalten wird die Doppelzüngigkeit und Doppelstrategie deutlich. Noch vor wenigen Jahren wollte die CDU selbst dieses Amt und schon morgen wird es wieder so sein, nach der Devise: "Was kümmert mich moi schläächt Geschwätz von gestern".

**Sicher haben
Sie auch schon
oft gedacht -
»das wär was
für den blickpunkt«.**

**Also, demnächst
einfach anrufen:
Tel. 23366, 22362,
3335, 3859.**

Wohnungen für Bundesgrenzschutz und Polizei?

Bei einer Ortsbegehung des Magistrats, gemeinsam mit Herren der Naussauischen - Heimstätte und der Reichart-Stiftung, im Gebiet Steinweg - Nord, wurden die bereits bebauten, aber auch die noch unbebauten Grundstücke besichtigt. Auch wurde das Grundstück in Augenschein genommen, auf dem im nächsten Jahr eine neue Kindertagesstätte errichtet werden soll. Zu dem Grundstück Zillering/Ecke van-Dyck-Straße erklärte Bürgermeister Brehl, daß hier demnächst von der Oberfinanzdirektion 30 Wohnungen für Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Polizei errichtet werden.

Nun ist über die Wohnungsnot in Mörfelden-Walldorf schon sehr viel geschrieben worden. Aufgrund der letzten Anfrage der DKP wurde Ende 1992 mitgeteilt, daß noch 548 Wohnungssuchende mit Anspruch auf eine Sozialwohnung gemeldet sind.

Wenn oben genanntes Bauvorhaben zum Tragen kommt, wird wertvoller und bereits erschlossener Baugrund bebaut, ohne daß ein Wohnungssuchender in unserer Stadt davon profitiert. Auch die Naussauische-Heimstätte, die ja nach dem Kriege den größten Teil der Fläche zwischen Walldorf und Mörfelden für einen Apfel und ein Ei den Besitzern abkaufte, hat eine gewisse Verpflichtung in erster Linie Wohnungen für die am Ort bereits ansässigen Wohnungssuchenden zu schaffen. An zweiter Stelle kämen meiner Ansicht nach die Arbeiter und Angestellten, deren Betrieb sich in unseren Gewerbe- und Industriegebieten ansiedelt. Ganz zum Schluß, wenn alle Wohnungsnot hier am Ort mit Zufriedenheit gelöst ist, könnte man darüber reden, ob man für ein paar Grenzschutz- oder Polizeibeamte die evtl. am Flughafen Dienst leisten, hier vor Ort Wohnungen baut.

Bürgermeister Brehl hat auf eine entsprechende Anfrage im Sozialausschuß

nur geantwortet "auch Bundesgrenzschutz und Polizeibeamte wollen eine Wohnung haben". Dazu kann man nur sagen, wenn am Flughafen evtl. verstärkt Bundesgrenzschutz und Polizei benötigt wird dann soll auch die FAG sich um Wohnungen für diese Leute kümmern und sie an anderer Stelle, vielleicht dort wo die Amerikaner das Feld räumen, errichten lassen.

Heinz Hechler

Reparaturkolonne

"Ihr macht euch zur Reparaturkolonne des kapitalistischen Systems", meinte Rudi Hechler zur sozialdemokratischen Fraktion während der Debatte um die Erhöhung der Kindergartengebühren.

Vorausgegangen waren eine Erklärung der SPD-Fraktion, die in ihrer Kälte und Abgehobenheit nicht zu überbieten war. Vorausgegangen war auch aber auch die Rede des Kämmerers zum Haushalt '94 die sich anhörte wie eine Rede Waigels in Bonn. Gebührenerhöhungen ohne Ende kommen auf uns zu. "Wir werden uns an den Abbau gewöhnen müssen", meint Vorndran.

Genau das werden wir nicht tun. Man muß nicht alles schlucken. Irgendwann wird man sich in unserer Stadt auch nicht mehr alles gefallen lassen. Daran sollten auch Sozialdemokraten denken. Morgen wollen sie sie ja wieder gewählt werden.

Siedlungsdruck

Von Skandalen sprechen die einen, vom "Verschlafen der Probleme durch die Stadt und der gewählten Gremien" die anderen. Harsche Vorwürfe wurden bei der Bürgerversammlung in Walldorf laut, als es um die Bebauung im Stadtgebiet ging. Bewobau, Bäckerweg, Zwillingstraße - Stichworte, die jedem klarmachen, worum es geht. Prägte das Stadtbild bisher das Ein- und Zweifamilienhaus, so werden jetzt immer häufiger Bauanträge für Fünf- bis Zehn-Familien-Häuser gestellt. Mittels architektonischer Raffinessen findet eine Verdichtung statt, die keiner der politisch Verantwortlichen so gewollt hat und will. Die Straßenquerschnitte, die Ver- und Entsorgungsleitungen, die Wasserversorgung etc. halten dieser Verdichtung nicht stand. Fehlende oder zu großzügige Begrenzungen in den Bebauungsplänen können die Ursache sein, daß das Bauamt gegen die Massierung der Bebauung keine rechtliche Handhabe hat. Auch das neue Wohnungsbauerleichterungsgesetz erschwert die Verhinderung dieses "Wildwuchses". Kann die Stadt durch Bebauungspläne und Satzungen keinen Riegel vor solche Entwicklungen schieben, so kann man bald nicht mehr von einem harmonischen Stadtbild sprechen, gibt es keine gewachsenen Strukturen, reicht die Infrastruktur nicht mehr aus. Der Mensch fühlt sich in "seiner"/dieser Stadt nicht mehr wohl. Negative Auswirkungen auf das Sozialverhalten sind die Folge.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik nimmt nicht zu. Der Zuwachs in den Ballungsräumen geht mit der Ausdünnung in ländlichen Gebieten einher. Die vermehrte Ansiedlung von Industrie und Gewerbebetrieben in den Ballungsräumen verstärkt diese Entwicklung weiter. Es ist Aufgabe der Politik in Bund und Land dem gegenzusteuern. Die einzelne Kommune ist hiergegen (fast) machtlos.

RD

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Alles könnten wir versteh'n
aber
ausgerechnet
den?



Dieser Mann ist ein Programm

Kohl ist nicht aus Versehen und wieder mal tumb in ein Fettnäpfchen getreten. Heitmann soll es ganz bewußt sein. Und Heitmann selbst "schwätzt" nicht dummes Zeug. Heitmann ist gerade wegen seiner Sprüche in die Manege geschubst worden. Heitmann ist ein Ausrufezeichen. Wenn er erklärt, aus dem Holocaust dürfe nicht länger eine Sonderrolle Deutschlands abgeleitet werden, dann befindet er sich im neuen großen Deutschland auf der Höhe der Zeit.

Mit diesem Programm befindet sich Heitmann im Dunstkreis derer, die das schäbige Wort von der Auschwitzlüge erfunden haben, damit bewegt er sich hart an der Grenze zum Neofaschismus, damit zeigt er Flagge, und zwar die Reichskriegsflagge. Und er geht noch weiter. Erlügt Auschwitz nicht weg, lügt die Zahl der Ermordeten nicht runter, er zeigt sie vor mit dem Anspruch, über sie hinweg zur seiner Tagesordnung überzugehen.

Wer einen solchen Heitmann zu einer solchen Zeit nach vorn schiebt, der tritt mit voller Absicht vor die Völker der Welt mit dem Aufruf: Schaut auf dieses Land, und wenn Euch Auschwitz stört, dann pfeifen wir drauf. Nehmt uns mit Auschwitz und allem Drum und Dran, oder laßt es bleiben. Wir überlegen inzwischen, ob wir außer für Somalia auch sonst noch Soldaten übrig haben!

Heitmanns muffige Feindseligkeit gegenüber der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen runden dieses Weltbild ab. Dazu noch die offene Ausländerfeindlichkeit, die potentielle Mörder mit dem Verständnis ausrüstet, ihre Verbrechen seien eine Art Selbstverteidigung.

Es könnte sein, daß dieser Probelauf mit Heitmann schief geht. Aber daß zu einer solchen Probe angesetzt worden ist, zeigt, daß die Zeit längst vorbei ist, bei Rechtsradikalismus und neofaschistischen Parolen, Auschwitzlügen und großdeutschen Ansprüchen nur auf die Neonazis zu blicken. Zu blicken ist auf die Kohls, die einen Heitmann machen, die CSU, die ihn zu einem der Ihren erklärt, auf die Tendenz, die hinter diesem schändlichen Spiel steckt. Ihr Verhältnis zur Verfas-

sung der Bundesrepublik und ihren demokratischen Einrichtungen wie einem Bundespräsidenten wird dabei geradezu beiläufig auch noch entlarvt.

Es ist nicht alleine ein Akt politischer Hygiene, einen solchen Heitmann zu bekämpfen - und zwar als Bundespräsidentenkandidaten ebenso wie als Justizminister. Es ist ein demokratisches Erfordernis, mit der Gegnerschaft zu einem Heitmann und seinem Erfinder Kohl - diese Namen als Symbole - einer antidemokratischen Atmosphäre zu begegnen, die über das Land gebreitet wird.

Der Feind steht wieder mal im eigenen Land - in Fliegerstiefeln und in Lackschuhen, mit Kampfjacken und im Zweireiher, mit Glatze und wohlfrisiert. Demokratischer Widerstand ist entsprechend zu adressieren.

Börsen feiern Jelzin-Sieg Aktienkurse klettern in Frankfurt auf Rekordhöhe

FR 6.10

Moskau

Wer wurde eigentlich in Moskau von wem besiegt? Fast scheint es grotesk zu fragen. Denn alle Welt erklärt es uns ja permanent: Kommunisten und Faschisten haben gegen Demokratie und Reformen ihr Haupt erhoben. Die Zivilisation ist gerettet, auch wenn die Mittel unzivil gewesen sind. Doch, wo gehobelt wird, da fallen Späne. Hauptsache, daß der Hobler treu zum Westen steht.

Sicher waren es auch Abenteurer, die den Kampf begonnen haben. Doch ein Abenteurer war es auch, der sie provozierte. Sieht man es recht, sind sich die Kontrahenten ziemlich ähnlich. Beide Seiten waren kompromißunfähig, ohne Realitätssinn und vom Volk isoliert, und beide sind beflastert mit suspekten Etiketten. Bemerkenswert war allemal die Berichterstattung in unseren Medien. Da gab es nur den Demokrat Jelzin und die elenden Banditen der anderen Seite. Man kennt es, die Fernsehsprecherredeten so wie es der Sender erwartet. Die Schieflage konnte so nicht ausbleiben. Um Jelzin-Gegner zu werden, muß man

nicht schwarzer Gesinnung sein oder von Stalin träumen. Die Misere, der Zerfall des Landes und die Art, wie der neue Herr seine Verachtung für Recht und Verfassung zeigt, sind Grund genug. Selbst Gorbatschow landete ja, so, wie er heute von Jelzin spricht, im Lager der Verruchten. Genauso infantil ist es wenn Clinton und Kohl ihren Favoriten als einzigen Garanten für Demokratie und Reformen preisen. Was nun kommt, ist - zumindest in Moskau und Umgebung - Alleinherrschaft, wie immer sie drapiert sein wird. Faire Wahlen? Falls überhaupt mal welche steigen, werden sie zur Farce.

UZ

**Zeitung
der DKP**

Probeexemplare bestellen!

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

“Niemandem wird es schlechter, aber vielen besser gehen”

... dieser Kanzler-Zitat-Klassiker hat längst in der Realität seine Umkehrung erfahren: Niemandem wird es besser, aber allen schlechter gehen.

Im Osten weiß man das längst und im Westen spüren nun auch erhebliche Teile der Bevölkerung diese gallenbittere Erkenntnis. Was nicht heißen soll, es gäbe gar keine Einheitsgewinner. Die Umsatz- und Gewinnzahlen der Kaufhausketten, die Zuwachsraten der Versicherungskonzerne, die bombastischen Profite der Banken geben ebenso Auskunft über die Gewinner, wie die 46 Direktoren der Treuhand. Jeder von ihnen kassiert 522100 DM pro Jahr. Jeder der 135 Abteilungsleiter der Treuhand sahn pro Jahr immerhin noch 288000 DM ab. Oder die “hochwohlgeborenen” Großgrundbesitzer, denen man Wälder und riesige Ländereien zuspricht. Nein die Absahner, die Plattmacher, die neue Kolonialherren in Deutsch/Ost, sie haben Kasse gemacht und das Volk blutet. Mittlerweile auch zunehmend im Westen. Sanken die Industriearbeitsplät-

ze in Ostdeutschland bezogen auf 1000 Einwohner auf sage und schreibe 49, so wird auch im Westen unter dem Vorwand der Rezession “abgespeckt”. 40000 bei Daimler Benz, 100000 sollen bei der Bahn ihre Arbeitsplätze verlieren. In der Stahlindustrie hat allein Thyssen 40000 entlassen. Krupp hat Rheinhausen dicht gemacht und weitere Werke im Sauerland und dem südlichen Ruhrgebiet gehen über die Wupper. Die Steinkohle soll endgültig absaufen. Neben der zunehmenden Millionenzahl an Arbeitslosen wird auch das erkämpfte “soziale Netz”, zerschnitten. Kürzungen der Arbeitslosengelder und der Sozialbeihilfen. Finanzierung der Pflegeversicherung allein durch die Arbeiter und Angestellten. Angriffe auf die Tarifautonomie. Kurz: Die Einheit kommt uns nicht nur teuer zu stehen, sie verändert das politische und soziale Gesicht des Landes.

Die DDR, die unsichtbar an jedem Verhandlungstisch saß, wenn es um Tarife und Sozialgesetze ging, existiert nicht mehr. Manchester-Kapitalismus pur ist angesagt und neues Großmacht- und Hegemonialmachtstreben wird praktiziert. Da fragt man sich schon, ob es sich die linken und demokratischen Kräfte leisten können, zuzuschauen, wo Widerstand vonnöten ist.

Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist übriggeblieben

In Leipzig war kürzlich ein Transparent an der Universität angebracht: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist übriggeblieben. Allerdings mit einem riesigen Verlust, den er noch gar nicht so recht begriffen hat: er hat sein Feindbild verloren. Denn außer dem staatlich praktizierten Antikommunismus gibt es keine übergreifende geistige und politische Bindung. Mit der fehlenden Alternative ist der Kapitalismus frei von Rücksichten. Wenn er dies in vollem Umfang begreift, ist es für die Menschheit lebensgefährlich. Aber offensichtlich ist immer noch Angst vor dem Sozialismus das bestimmende Regulativ der Politik, obwohl der Sozialismus, der sich real existierend nannte, doch noch gar keiner war. Denn Sozialismus ohne Demokratie ist undenkbar und zum Untergang bestimmt, da Sozialismus eben Volksherrschaft heißt. Hier setzt die echte Kritik an und hier liegen die Versäumnisse. Die deutsche Politik aber bekämpft heute die DDR, als sei dort vollendeter Sozialismus gewesen und die Gefahr des Überschwappens auch nach seinem Untergang noch sehr groß. Deshalb das hemmungslose Plattmachen, das Auslöschen jeglicher Erinnerung, die Zerstörung von Identität für ganze Landstriche. Doch dieser Verstoß gegen die Vernunft setzt bei den Geschädigten Vernunft frei. Indem alle Leistungen der DDR pauschal geleugnet werden, werden echte Leistungen sichtbar: Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, Recht auf Bildung, Gesundheitsbetreuung, Kinderfürsorge, erschwingliche Preise für Mieten, Bücher usw. Ein Theater, das in der Welt hohes Ansehen hatte und eine erfolgreiche Sportbewegung. Die fehlende Alternative verleitet den Kapitalismus zur Hemmungslosigkeit, aber es müßte ihm doch klar sein, daß sich diese Hemmungslosigkeit gegen ihn selbst richtet.

Wer Menschen arbeitslos macht, beraubt sich doch auch der potentiellen Käufer. Aber das ist auch die Chance, daß die Linke weltweit ihre Unsicherheit verliert und wieder Kraft gewinnt.

Neues aus Wiesbaden

Es gibt ein Schulgesetz: Damit soll u.a. versucht werden, Eltern zur Mitarbeit zu gewinnen, z.B. durch Übernahme von Arbeitsgemeinschaften - natürlich ohne Vergütung.

Des weiteren verabschiedet sich die Landesregierung aus der Verantwortung und übergibt diese dem jeweiligen Schulträger. Wer also umzieht innerhalb Hessens, der kriegt Probleme.

Es gibt wieder größere Klassen. Ab Schuljahr 1994/95 können wieder 33 Kinder in einer Klasse sein. Gleichzeitig wird bei SPD und Grünen geredet über Streß, werden Fragen gestellt: woher kommt die Gewalt. Dagegen gibt es dann wieder ausgefeilte Pro-

gramme: wie verhindern wir Gewalt? Oder z.B. ein Angebot: Abbau von Aggressionen durch Abenteuer im Sportunterricht - mit wissenschaftlicher Begleitung.

Es gibt auch noch Integrationsklassen und Ausländerbetreuung. Dafür stehen Lehrer(stunden) zur Verfügung. Klingt gut, könnte gut sein. Gleichzeitig schwellen die Klassen in den Sonderschulen auf über 20 Kinder an. Klingt nicht gut.

Also wird die Landesregierung in bewährter Manier die schönen Sachen, die so schön beschrieben waren, wieder streichen. Endergebnis: große Klassen, gestreßte Lehrer müssen 1 Stunde mehr arbeiten, Schüler und Lehrer werden noch mehr sauer und wählen CDU.

Dann gibt es: große Klassen, mehr Arbeit, mehr Streß. Scheiß-Schulpolitik.

"So wie der Staat es in seiner Justizmacht - er bestraft den Mord, sichert sich aber das Monopol darauf, so macht er es auch überhaupt: Er verbietet uns, unsere Nachkommen am Leben zu verhindern - er wünscht dies selber zu tun. Er behält sich vor, selber abzutreiben, und zwar erwachsene, arbeitsfähige Menschen.2

(Bert Brecht auf einer Kundgebung gegen den § 218 im Wallnertheater am 28.2.1931)

Über die neue Rechtslage zum § 218

Der Kampf der Frauen gegen den § 218 währt schon genauso lange wie der Kampf der Frauen um Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Der Staat verfolgt mit dem Abtreibungsverbot seit jeher eigene politische Interessen. Er brauchte Arbeiter, Soldaten, Arier... und Mütter. Die Frauen hielten den Mund und trieben ab. Am 28. Mai 1993 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Abtreibung erneut für verfassungswidrig!

Die aktuelle Rechtslage heute: Das in frauenverachtendem Amtsdeutsch verfaßte 200 Seiten lange Urteil stellt fest, daß jede Frau, die abtreiben möchte, einen "Konflikt" hat - den gilt es in der Zwangsberatung auszuräumen. Neu an diesem Urteil ist, daß der Gesetzgeber jetzt ausschließlich das ungeborene Leben berücksichtigt, die Frau wird lediglich "austragenes Objekt" abgehandelt. Die Richter erkennen zwar das Problem eines kinderfeindlichen sozialen Umfeldes unserer Gesellschaft und empfehlen in ihrer Urteilsbegründung die Schaffung von Krippen- und Kindergartenplätzen, sowie schnelle Hilfe bei der Wohnungs-

suche, aber wohl wissend, daß die Bundesregierung gerade in diesem Bereich nichts tut.

Im Mittelpunkt - die Beratung: Die vom Staat verordnete Beratung soll das Ziel haben, die Frau - "selbstredend ohne moralische Druckausübung" - zu überzeugen, daß ein Abbruch "leichtfertig" und "verwerflich" ist. Die Beraterin/der Berater entscheidet, wann das Gespräch beendet ist (es kann auch an mehreren Tagen durchgeführt werden) und ob Vermieter, Arbeitgeber, Psychologe, Rechtsanwalt oder Arzt hinzugezogen werden sollen. Kommt die Frau in Begleitung zum Beratungsgespräch und hat die Beraterin/der Berater den Eindruck, diese Person übe einen "schädlichen" Einfluß auf die Betroffene aus, so kann er/sie auf ein Gespräch unter vier Augen bestehen.

Die erst so fortschrittlich anmutende Formulierung, Abtreibung ist nicht mehr strafbar, sondern nur noch rechtswidrig, entpuppt sich als Augenwischerei! Damit sind die Krankenkassen aufgefordert, nur noch bei medizinischer, kriminologischer oder embryopathischer Indikation die Kosten des Abbruchs zu übernehmen, Krankenhäuser brauchen nur dann Patientinnen anzunehmen. Die vormalige soziale Indikation, die 90% der Frauen geltend machten, wird zum

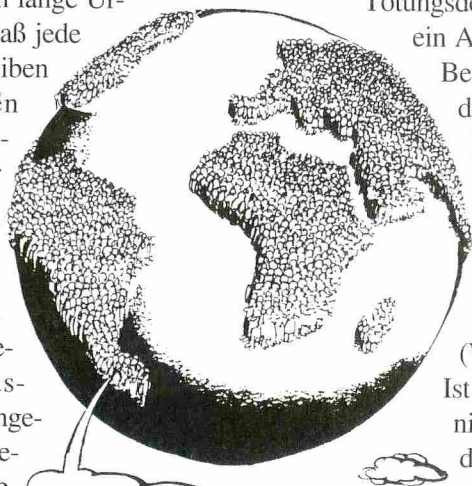
"Tötungsdelikt" diffamiert. Denn ein Abbruch kommt nur in Betracht, "wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die... so schwer und außergewöhnlich ist, daß sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt" (Wortlaut des Urteils). Ist diese "Opfergrenze" nicht erreicht, bezahlt die Frau auf jeden Fall selbst.

Die hessische Kostenregelung: Nur in sozialen Härtefällen kann die Kostenübernahme beim Sozialamt beantragt werden. In Hessen gilt ab 1. Oktober folgende Regelung: Frauen, deren Netto-Einkommen monatlich 1450 DM (+ 500 DM fiktiver Mietbetrag bei Alleinstehenden/250 DM bei Verheirateten sowie 412 DM pro unterhaltspflichti-

gen Familienangehörigen) nicht überschreitet, haben einen Anspruch auf Kostenerstattung. Die entsprechenden Anträge werden von den Beratungsstellen an die Krankenkassen weitergeleitet. Frauen, die nicht in einer gesetzlichen Krankenversicherung sind, keine Angaben zum Einkommen machen möchten, sowie Mädchen unter 15 Jahren können die Hilfe beim Sozialamt beantragen. Wünscht die Frau die Geheimhaltung der Abtreibung gegenüber ihrem Ehemann, so muß das Einkommen des Ehepartners unberücksichtigt bleiben; das Sozialamt übernimmt auch dann die Kosten.

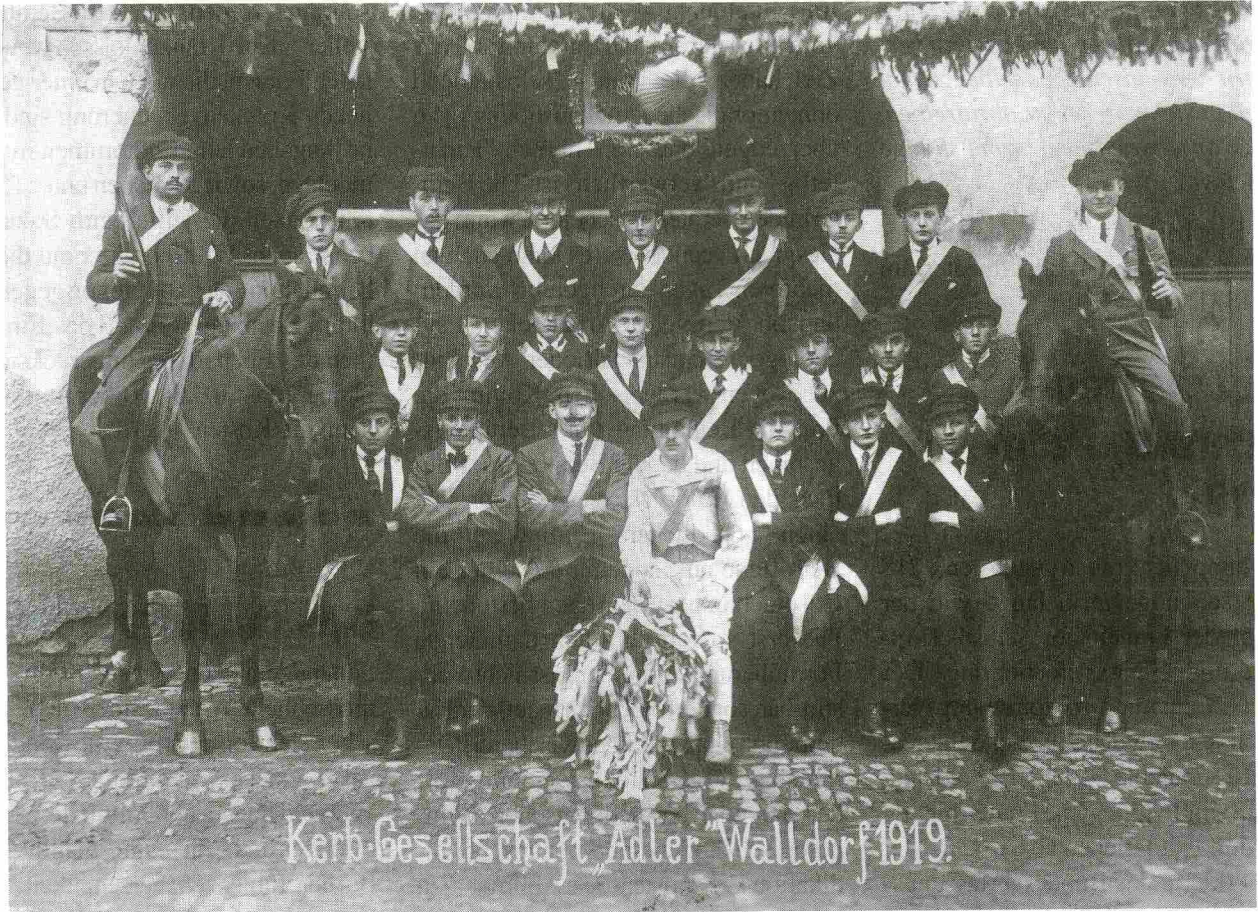
Was dahintersteckt

Seit langem klagt man über Politikverdrossenheit. Wenn immer mehr Menschen sich von der Politik abwenden, so hat das sicher viele Gründe. Eine der Wurzeln liegt in der Politik der Scheinlösungen und Ablenkungsmanöver. Der Bürger fühlt sich verschaukelt. Zum Beispiel: In Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit will man denen, die Arbeit haben, längere Arbeitszeiten verordnen! Wie sollen junge Menschen, die sich heute schon zwanzig Mal vergeblich bewerben, in Zukunft noch Arbeit bekommen, wenn die Älteren noch länger arbeiten müssen? Seit Jahren wächst die Wohnungsnot. Rund eine Million preiswerte Wohnungen fehlen. Die Folge der Verknappung ist eine Explosion der Wohnungsmieten. Junge Menschen, die eine Familie gründen wollen, können sich in den Großstädten eh kaum noch eine angemessene Wohnung leisten. Dies alles, die Bevölkerungsentwicklung, der Bestand an Wohnungen war vor zehn Jahren voraussehbar. Dennoch hat die Bundesregierung die Förderung des Mietwohnungsbaus eingestellt. Die Zerstörung unserer Umwelt setzt sich ungehemmt fort. Mit gigantischem Aufwand wird eine "marktwirtschaftliche" Lösung des Verpackungsproblems ins Werk gesetzt. Wir alle bezahlen's. Solche Beispiele könnte man endlos fortsetzen. Genau hier liegen dann aber auch die Ursachen für Politikverdrossenheit.



IST ROM NOCH IMMER GEGEN DIE PILLE?

Stadtgeschichten

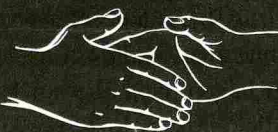


Rechtzeitig zur Walldorfer Kerb stellte uns eine eifrige "blickpunkt"-Leserin dieses schöne Foto aus dem Jahre 1919 zur Verfügung. Wir sehen die Kerweborsch der Gaststätte Adler in Walldorf vor dem festlich geschmückten Lokal. "Kerweborsch sein lustige Brüder", heißt es in einem alten Kerwelied. Von Fröhlichkeit ist auf den Gesichtern allerdings noch nichts zu sehen, aber das kam sicher noch. Auf alten Fotos sieht man die Menschen kaum lächeln oder grinsen, im Gegensatz zu heute, wo es obligatorisch ist, beim Fotografieren noch schnell das Wort "Cheese" auszusprechen und die Zähne zu zeigen. Erfreulich ist, daß die Namen aller Abgelichteten bekannt sind und bei einigen sogar der Beiname genannt wurde. Hierbei handelt es sich nicht um Spottnamen, sondern bei Personen gleichen Namens um oft notwendige Unterscheidungshilfen, die nicht selten vom Beruf abgeleitet wurden.



Auf dem Foto sind zu sehen, in der oberen Reihe von links, auf dem Pferd, Heinrich Cezanne (Metzerkarl - Heiner), Karl Cezanne (Metzerkarl - Karl), Georg Jourdan (Wagnerlui - Schorsch), Philipp Pons (Jedde - Philipp, Pietz), Daniel Jourdan (Schuster - Daniel), Max Zwilling, Georg Gumbart, Wilhelm Jourdan (Schacke - Wilhelm), Willi Hoffmann, mit Pferd. Mittlere Reihe von links, Heinrich Pons, Georg Kolb, Jakob Schmitt (Schneider Jakob), Hans Hoffmann, Ludwig Cezanne, Georg Klein (Biemamme - Schorsch), Wilhelm Gumbart, Jakob Klein. Untere Reihe von links, Jakob Ploch, Ernst Becker (Pumpeschütz - Ernst), Adam Tron (Jappe - Adam), Emil Jourdan (Wagnerlui - Emil), Konrad Jakob (Schnaborts - Konrad), Wilhelm Jakob, Alfred Becker.

AKTION TOLERANZ
in
Mörfelden-
Walldorf



Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

KUNDGEBUNG

Dienstag, 9. 11. '93, 18 Uhr, Rathausplatz Mörfelden (Gedenkstein)

**Um 19 Uhr wird im Heimatmuseum die Ausstellung
»100 Jahre deutscher Rassismus« eröffnet**